



SCHWEIZERISCHER FORSTVEREIN  
SOCIÉTÉ FORESTIÈRE SUISSE  
SOCIETÀ FORESTALE SVIZZERA



Schweiz. Forstverein, [www.forest.ch](http://www.forest.ch)  
Geschäftsstelle, Postfach 931, 8029 Zürich

Verband Schweizer Förster, [www.foresters.ch](http://www.foresters.ch)  
Geschäftsstelle, Postfach 58, 2540 Grenchen 2

## Zusammenfassung der Resultate des 2. Waldgipfels vom 14. Mai 2003

### Waldgipfel als Beitrag zum Waldprogramm Schweiz

Am 16. Oktober 2002 haben der Schweizerische Forstverein und der Verband Schweizer Förster in Zusammenarbeit mit der WSL in Birmensdorf und den Bildungszentren Maienfeld und Lyss an einem ersten Waldgipfel Visionen und Handlungsansätze für die Waldpolitik entwickelt. An einem zweiten Waldgipfel am 14. Mai 2003 in Maienfeld, Birmensdorf und Lyss wurden diese Ideen konkretisiert und zu den ausgewählten Schwerpunktthemen fachliche Positionen und Massnahmenvorschläge ausgearbeitet. Insgesamt nahmen 550 Waldfachleute aus der ganzen Schweiz an diesen beiden Anlässen teil. Die beiden Waldgipfel dienten gleichzeitig der breiteren Information über das Waldprogramm Schweiz (WAP) durch die Programmleitung WAP und Vertretungen der Arbeitsgruppen. Die Resultate der beiden Waldgipfel sind als Materialien direkt in den WAP-Prozess eingeflossen. Die Positionen zu den einzelnen Themen entsprechen dem Stand der Diskussionen am Waldgipfel und sind noch nicht aufeinander abgestimmt. Zu berücksichtigen ist, dass die beiden Waldgipfel durch Mitglieder des Forstvereins und des Försterverbandes ehrenamtlich organisiert wurden. Es handelt sich um Zwischenresultate in einem Meinungsbildungsprozess der weitergehen wird.

### Die Waldpolitik steht zur Diskussion aber nicht zur Disposition.

Grundsätzlich wird der eingeleitete Prozess für die Weiterentwicklung der schweizerischen Waldpolitik begrüsst. Wie die sehr engagierten Diskussionen an den beiden Waldgipfeln gezeigt haben, führt eine kritische Analyse in manchen Bereichen zu einem Anpassungsbedarf der Waldpolitik. Noch selten waren die Forderungen an die Waldpolitik des Bundes und der Kantone aber so vielfältig und widersprüchlich. Auf der einen Seite wird vom Bund zentralere Führung verlangt, um die Schwächen der föderalistischen Waldpolitik zu beheben. Andererseits ertönt der Ruf nach Abbau der Regulierungsdichte und der Subventionen. Wichtig ist, dass die einzelnen Waldthemen und Waldfunktionen nicht auseinandergerissen und zum Spielball sektorieller Interessen werden. Gerade für die geforderte bessere Abstimmung der Waldpolitik mit anderen Politikbereichen braucht es eine in sich abgestimmte walddpolitische Gesamtsicht. Dabei ist auch das internationale Umfeld bezüglich Wald und Waldressourcen zu analysieren und einzubeziehen.

## **Waldpolitik als Erfolgsgeschichte**

Die bisherige Waldpolitik ist unbestritten eine Erfolgsgeschichte. Die jahrzehntelange Aufbauarbeit hat zu hohen Holzvorräten und zu einer hohen ökologischen Qualität des Schweizerwaldes geführt. Akute und schleichende Waldschäden verschiedener Ursachen haben aber gezeigt, dass das langlebige Ökosystem Wald labiler und anfälliger geworden ist. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in jüngerer Zeit stark verändert, weshalb weitere Reformen nötig sind.

## **Waldfachleute sind reformfreudig und sturmerprobt**

Waldfachleute sind im Interesse des Waldes reformfreudig und auch sturmerprobt. Reformen in der Waldwirtschaft brauchen angesichts der Waldeigentumsverhältnisse und der Vielfalt von Interessen Zeit. Es braucht keine politischen und finanziellen Kahlschläge um Reformen auszulösen. Waldbesitzer, Forstbetriebe und Forstverwaltungen stehen bereits mitten in einem Reformprozess und die bisherigen Fortschritte und Erfolge sind ermutigend. Die moderne Waldgesetzgebung des Bundes hat diese Fortschritte insgesamt nicht behindert, sondern in manchen Bereichen gefördert. Anpassungen sind namentlich im Förderungsbereich nötig, aber sie sind möglich, ohne alles auf den Kopf zu stellen oder die bisherigen Errungenschaften zu gefährden.

Die wichtigsten fachlichen Positionen zu den am zweiten Waldgipfel diskutierten Schwerpunkt-Themen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

## **Schutz der Waldfläche**

1. Bei der Neugestaltung der Walderhaltungspolitik sind die Zunahme der Waldfläche im Berggebiet infolge fehlender landwirtschaftlicher Nutzung und die Erhaltung der bereits bestehenden Wälder zu unterscheiden. Der Druck auf das Waldareal hält unvermindert an, denn Siedlungen, Verkehrsträger und Tourismusorte nehmen ungebremst zu. Wichtige Waldfunktionen sind durch externe Einflüsse gefährdet.
2. Das bestehende Waldareal soll erhalten bleiben. Abwägungen zur vorrangigen Raumnutzung werden im Rodungsverfahren bereits berücksichtigt. Der Spielraum des geltenden Rodungsrechts ist auszunutzen. Eine weitere Lockerung würde kurzfristige und finanzielle Interessen stärker in den Vordergrund rücken, was nicht erwünscht ist.
3. Der dynamische Waldbegriff, wonach natürlich einwachsender Wald ohne besondere Abgrenzung und ohne Beschluss dem Waldgesetz unterstellt und geschützt ist, soll eingeschränkt werden können. Die räumliche Nutzungsplanung zur Umsetzung von öffentlichen Interessen steuert den rechtlichen Schutz von neuen Waldbestockungen.
4. Harte Grenzen zwischen landwirtschaftlicher und forstlicher Bewirtschaftung sind in verschiedener Hinsicht nachteilig. Durch eine bessere Koordination zwischen Wald-, Landwirtschafts- und Raumordnungspolitik soll der Übergangsbereich zwischen Wald und Of-

fenland aufgewertet sowie dynamischer und flexibler gestaltet werden. Die bisher festen Kultur- und Nutzungszonengrenzen sind neu zu definieren.

5. Es bleibt eine wichtige Aufgabe des Bundes, Grundsätze der Walderhaltung zu erlassen, damit die Waldfunktionen erfüllt werden.

## **Schutzwald**

1. Der Schutzwald ist zentraler Bestandteil eines ganzheitlichen (integralen) Naturgefahren-Risikomanagements. Ausgehend vom Schutzwald muss der Schutz vor Naturgefahren nur noch punktuell durch Schutzmassnahmen gewährleistet werden. Der Schutzwald wird heute nicht in ausreichendem Mass als Ergänzung und Ersatz für Schutzbauten wahrgenommen. Deshalb sind neue Methoden zur Bewertung der Schutzleistungen des Waldes zu entwickeln. Zudem müssen die Schutzleistungen des Waldes in der Öffentlichkeit besser als bisher kommuniziert werden.
2. Ziel muss ein regional und gesamtschweizerisch vergleichbares Sicherheitsniveau vor Naturgefahren sein. Die Schutzwälder leisten einen entscheidenden Beitrag. Die bis heute ausgeschiedenen Wälder mit Schutzfunktion sind nicht auf einem gesamtschweizerisch vergleichbaren Aussageniveau, da einheitliche Ausscheidungskriterien fehlen. Deshalb ist ein nationaler Schutzwaldkataster zu schaffen und es sind nationale Sicherheitsstandards für Schutzwälder zu definieren. Die Ausscheidung der Schutzwälder hat nach national einheitlichen Kriterien zu erfolgen.
3. Für die Pflege und Verjüngung des Schutzwaldes besteht ein Nachholbedarf. Ziel ist es, dass die Schutzleistungen des Waldes anerkannt, ihre Erfüllung gewährleistet und von der Öffentlichkeit abgegolten werden. Die Mittel für die Schutzwaldpflege müssen langfristig und verlässlich sicher gestellt sein. Für den nötigen politischen Entscheidungsprozess ist ein institutionalisiertes Monitoring über Zustand, Funktionserfüllung und Handlungsbedarf im Schutzwald erforderlich, insbesondere auf nationaler Ebene im Rahmen des Landesforstinventars. Zudem ist eine permanente Bewusstseinsbildung der Öffentlichkeit in Bezug auf den Schutzwald unerlässlich.
4. Das Netzwerk der Forstbranche (Forstdienstorganisation) wird auf die Ziele eines integralen, interdisziplinären Regionalmanagements ausgerichtet. Dazu braucht es entsprechendes Fachwissen, die nötigen Ressourcen, Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation und Motivation. Verwandte Ziele in anderen Bereichen sind zu eruieren und in das Netzwerk einzubeziehen.

## **Organisation der Waldbewirtschaftung**

1. **Veränderungen sind schon heute möglich.** Es ist offensichtlich, dass die heutige Organisation des Waldbesitzes und der Waldbewirtschaftung verbessert werden können. Diesbezügliche Vorschläge für Veränderungen wurden bereits vor über 30 Jahren formuliert und haben nach wie vor Gültigkeit. Trotz der in letzter Zeit wieder aktuell gewordenen Diskussion über Strukturen in der Waldwirtschaft muss aber unmissverständlich darauf hingewiesen werden, dass vielerorts der gesetzlich vorhandene Spielraum für organisato-

rische Verbesserungen nur unzureichend ausgeschöpft wird. In diesem Sinne ist es wichtig, dass sich die Waldbesitzer ihrer Möglichkeiten bewusster werden. Dies bedeutet aber auch, dass Versuche mit neuen Organisationsformen seitens der kantonalen Forstdienste wohlwollend und mit einer grossen Offenheit aufzunehmen sind.

2. **Die Rechte und Pflichten der Waldbesitzer sind sorgfältig zu überlegen.** Die Art und Weise der Waldbewirtschaftung hat sich im Laufe der Zeit langsam entwickelt. Eine Reihe von Gesetzen bestimmen heute, wie eine ordnungsgemässe Waldwirtschaft zu erfolgen hat. Reformen sind notwendig und sollen auch durchgeführt werden. Schnellschüsse haben aber oft wenig Bestand. Die Zuordnung von Rechten und Pflichten für Waldbesitzer muss gut überlegt und ausdiskutiert werden. Traditionen und Bräuche spielen eine wichtige Rolle. Die Position der Waldbesitzer muss insgesamt gestärkt und klarer und selbstständiger vertreten werden.
3. **Klare Sprache tut Not.** Begriffe wie regionale Waldplanung, Waldentwicklungsplanung, Waldfunktionsplanung, Vorrangfunktionen haben Hochkonjunktur. Was damit gemeint ist, wird meistens nicht verständlich oder wirkt verschwommen. Es ist klarer zu unterscheiden zwischen privater und öffentlicher Planung. Betreffend der öffentlichen Planung ist strikter zwischen den verschiedenen Aufgaben der Planung zu unterscheiden. Was soll mit einer Planung erreicht werden? Die Zuteilung von Rechten und Pflichten für Waldbesitzer, die Erarbeitung von Grundlagen für den öffentlichen Kauf von Leistungen bei Waldbesitzern oder die Schwerpunktsetzung für die Arbeit des kantonalen Forstdienstes sind drei verschiedene Anwendungsbereiche der Planung, welche nicht mehr miteinander vermischt werden sollten. Die öffentliche Planung für den Wald ist mit der regionalen und kantonalen Raumplanung abzustimmen.

### **Effiziente Holzkette**

1. Für die Stärkung der inländischen Holzproduktion und -verarbeitung gibt es keine einfachen Rezepte, die wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten sind eingeschränkt. Eine gute Holzwirtschaftspolitik setzt deshalb auf Kostenreduktionen bei allen Partnern in der Holzkette. Namentlich angesprochen sind die Waldbesitzer, die Waldbewirtschaftler, die Waldbehörden, die Holztransporteure und die Holzverarbeiter. Alle Partner in der Holzkette sind aufgefordert, sowohl ihre Produktions- und als auch ihre gemeinsamen Transaktionskosten zu senken und so ihre Produktivität zu steigern.
2. Den Besonderheiten der Holzindustrie ist besser Rechnung zu tragen. Noch fehlen aber die Grundlagen für eine profunde Debatte für eine Wirtschaftsförderung. Die Verbände der Holzwirtschaft sind deshalb aufgefordert, ihre heutige Ausgangslage im internationalen Umfeld eingehend zu analysieren und darauf aufbauend realistische Verbesserungen der rechtlichen Rahmenbedingungen in die politische Diskussion einzubringen, aber auch ihre komparativen Vorteile bewusster auszuloten und zu nutzen.
3. Eine interventionistische Holzwirtschaftspolitik wird dezidiert abgelehnt. Eine solche erkennt die tatsächlichen Verhältnisse auf den Holzmärkten und überschätzt den wirtschaftspolitischen und den raumplanerischen Handlungsspielraum der öffentlichen Hand.

## **Biodiversität**

1. Ein naturnaher Waldbau auf der gesamten bewirtschafteten Waldfläche ist wichtig für einen naturnahen Lebensraum, nachhaltige Verjüngung fördert die Biodiversität. Standards für den naturnahen Waldbau sollen die Multifunktionalität der Wälder nachhaltig gewährleisten.
2. Auf einer Fläche von mindestens 5 % der Waldfläche wird die natürliche Waldentwicklung zugelassen. Es ist ein angemessener Alt- und Totholzanteil verteilt auf die gesamte Waldfläche anzustreben (minimal 2,5 % des Vorrates).
3. Die Wälder und ihre Lebensräume sind vernetzt und über ökologisch aufgewertete Waldränder mit dem Grünland verzahnt. Bis 2015 sind 20 % der Waldränder ökologisch aufgewertet.
4. Artenreiche und seltene Waldtypen und Bewirtschaftungsformen sowie seltene und gefährdete Arten sind zu fördern.
5. Der Wald bietet Wildtieren ausreichend Lebensraum und Ruhe. Wo nötig sind Ruhezo-  
nen zu schaffen. Die Wildbestände sind an ihre Lebensräume anzupassen.
6. Exotische Schadorganismen und unerwünschte Arten im Wald sind auszuschliessen.

## **Bildung für Wald und Landschaft**

1. Traditionell befassen sich Waldfachleute nicht allein mit dem Wald, sondern auch mit dessen Umfeld. Das Bildungssystem Wald soll verstärkt auch die Landschaft einschlies-  
sen.
2. Für den Wald und die Landschaft soll ein eigenes Bildungssystem erhalten bleiben. Mit den drei aufeinander abgestimmten Ebenen „Praktiker für Wald und Landschaft“, „Wald- und Landschaftsmanager“ und „Wald- und Landschaftsexperte“ sind eine hohe Qualität der Arbeit und Problemlösung von der Forschung über das Konzept bis zur praktischen Umsetzung gewährleistet.
3. Das Bildungssystem hat seine Kernkompetenzen klar in den Bereichen Wald und Land-  
schaft. Es verhält sich jedoch marktkonform und flexibel und ist offen gegenüber benach-  
barten Bereichen.

## **Freizeit im Wald**

1. Die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Bewirtschaftung und Pflege von Wäldern mit Freizeitfunktionen sind zu klären. Im Speziellen sind Inhalt und Konsequenzen des freien Betretungsrechtes (Art. 699 ZGB), Rechte und Pflichten von Nutzniessenden und Eigentümern, Haftungsfragen bei Unfällen und raumplanerische Fragen im Zusammen-  
hang mit intensiv genutzten speziellen Freizeitwäldern zu klären.
2. Im Interesse der Walderhaltung sollen Erholung und Sport im Wald kanalisiert und räum-  
lich festgelegt werden. Wälder mit Vorrangfunktion Freizeit und Erholung sollen im  
Rahmen der Waldgesetzgebung in Koordination mit der Raumplanung ausgeschieden

werden. Dazu sind Kriterien und Standards für die spezielle nachhaltige Bewirtschaftung und den Schutz solcher Wälder zu entwickeln. Die Umsetzung soll durch eine Kombination von Information, Anreizen und wo nötig planerischen und regulatorischen Massnahmen mit angemessenen Kontrollen und Sanktionen erfolgen.

3. Die Finanzierung spezieller Leistungen für Freizeit und Erholung im Wald muss sichergestellt werden. Es ist zu unterscheiden zwischen Leistungen mit öffentlichem Charakter (Abgeltungen) und privatem Charakter. Die Bereitstellung von Leistungen für Freizeit und Erholung soll kundenorientiert erfolgen. Dadurch lassen sich die Kostentransparenz und die Effizienz des Ressourceneinsatzes verbessern und es eröffnen sich neue Perspektiven für die Vermarktung von Freizeitleistungen.
4. Der Dialog und die Zusammenarbeit des Forstsektors mit der Bevölkerung, die Information und Sensibilisierung in Wald- und Umweltfragen sind zu verstärken.

### **Ausblick**

Das Waldprogramm Schweiz wird mit einem Synthesebericht bis Ende 2003 zu einem vorläufigen Abschluss gelangen. Dieser Synthesebericht soll die Grundlage bilden, für eine anschliessende Revision des Waldgesetzes. Dabei werden die unterschiedlichen politischen Positionen schärfer zu Tage treten als bei den Grundsatzdiskussionen. Wir setzen uns dafür ein, dass die mittel- und langfristigen Zielsetzungen im Auge behalten werden. Der eingeleitete Prozess des Waldprogramm Schweiz soll in geeigneter Weise weitergeführt werden. Wünschenswert wäre, dass der Prozess noch weiter geöffnet wird und breitere Kreise und Nutzniessende am Wald noch stärker in die Diskussionen und in die Verantwortung einbezogen werden.

Als Waldfachleute tragen wir Verantwortung für eine nachhaltige Waldentwicklung und Waldbewirtschaftung. Je nach unserer beruflichen Stellung und unserer persönlichen Meinung, vertreten wir im Detail unterschiedliche Interessen. Unser gemeinsames Anliegen gilt einer möglichst integralen Betrachtungsweise einer nachhaltigen Waldpolitik. Die Waldwirtschaft selbst hat gerade in jüngster Zeit grosse Anstrengungen unternommen, ihre Effizienz zu steigern und gleichzeitig Schutz und Nutzung glaubwürdig miteinander zu verbinden. Bund und Kantone müssen sie darin in geeigneter Weise unterstützen. Ohne leistungsfähige Wald- und Holzwirtschaft wären auch die ökologischen und sozialen Ziele des Bundes nicht oder schwierig zu erreichen.

Juni 2003; zusammengefasst durch das Leitungsteam des Waldgipfels II: Heinz Kasper, Pierre François Raymond, Hans Beereuter, Stefan Brühlhart, Rolf Ehrbar, Yves Kazemi, Fredy Lienhard, Marcel Murri, Erwin Rebmann, Bruno Rösli.

Anhang: Tagungsprogramme Waldgipfel II vom 14. Mai 2003, Birmensdorf, Maienfeld, Lyss